

Brautzsch, Hans-Ulrich

Article

Zu den Auswirkungen der Migration auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Brautzsch, Hans-Ulrich (2015) : Zu den Auswirkungen der Migration auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 21, Iss. 6, pp. 106-109

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/144129>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zu den Auswirkungen der Migration auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt

Hans-Ulrich Brautzsch

Die starken Migrationsprozesse beeinflussen zunehmend auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Die Zuwachsraten bei der Zahl der Beschäftigten, den Arbeitslosen sowie den Leistungsbeziehern nach SGB II vor allem aus den mittel- und osteuropäischen Staaten mit Arbeitnehmerfreizügigkeit, den von der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise besonders schwer betroffenen Ländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie den Asylherkunftsländern sind gegenwärtig sehr hoch und liegen in der gleichen Größenordnung wie in Westdeutschland. Die Anteile von Migranten an der Bevölkerung und an relevanten Arbeitsmarktgrößen sind allerdings in Ostdeutschland erheblich niedriger als in Westdeutschland.

Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch (Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E24, J10, J21, R11

Schlagwörter: Ostdeutschland, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Migration

Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird zunehmend von den starken Migrationsprozessen beeinflusst.¹ Dabei ist die hohe Zuwanderung insbesondere auf die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten², die schwierige Arbeitsmarktlage in den von der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise besonders schwer betroffenen Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie die starke Flüchtlingsmigration zurückzuführen.³ In welchem Umfang dabei die Großregionen Ost- und Westdeutschland von den kräftigen Migrationsströmen betroffen sind, soll im Folgenden dargestellt werden.

Zuwanderung aus dem Ausland: Deutlicher Anstieg auch in Ostdeutschland

Seit dem Jahr 2012 übersteigt in Ostdeutschland insgesamt (ohne Berlin) die Zahl der Zuwanderer die der Abwanderer.⁴ So betrug die Nettozuwanderung im Jahr 2012 ca. 10 000 Personen, im Jahr 2013 waren es bereits 26 000 Personen, und im Jahr 2014 lag die Zahl der Zuwanderer um 59 000 über der der Abwanderer.⁵ Gegenüber dem Ausland betrug im Jahr 2014 der Wanderungsüberschuss 54 000 Personen. In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) belief sich die Nettozuwanderung aus dem Ausland sogar auf knapp 89 000 Personen.⁶ Der Anteil der Neuen Bundesländer einschließlich Berlin an der gesamten Nettozuwanderung war mit 16,1% allerdings geringer als der Anteil an der Bevölkerung Deutschlands (19,8%).

¹ Vgl. hierzu die aktuellen Analysen in: *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015*. Essen 2015, Kasten 3.1 sowie 60 f. – *Arbeitskreis Konjunktur des IWH; Kiel Economics: Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland bleibt verhalten*, in: IWH, *Konjunktur aktuell*, Jg. 3 (4), 2015, 168-171. – *Gropp, R. E.: Demographie und Einwanderung*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (4), 2015, 62.

² Dabei handelt es sich um die folgenden Länder: Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien.

³ Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt*. Nürnberg 2015, lfd. Hefte.

⁴ Vgl. hierzu *Brautzsch, H.-U.: Aktuelle Trends: Wanderungsverluste Ostdeutschlands gegenüber dem Westen stark rückläufig – deutliche Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (4), 2015, 63.

⁵ Vgl. *Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2*.

⁶ Zudem gab es im Jahr 2014 in den fünf ostdeutschen Flächenländern erstmals seit 1991 Wanderungsgewinne gegenüber Westdeutschland: Die Zahl der Zuwanderer überstieg die der Abwanderer um 4 500 Personen. Zählt man Berlin zu Ostdeutschland hinzu, betrug der Wanderungssaldo gegenüber den Alten Bundesländern 7 200 Personen. Vgl. ebenda.

Tabelle 1:

Struktur der Außenwanderung in Ostdeutschland und Westdeutschland nach Staatengruppen, 2014

	Ostdeutschland	davon:		Westdeutschland ^a
		Ostdeutschland ohne Berlin	Berlin	
	in %			
EU-Staaten	39,3	33,5	48,3	58,3
darunter:				
osteuropäische Mitgliedstaaten mit uneingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit ^b	26,1	27,8	23,2	38,1
Griechenland, Italien, Portugal, Spanien	8,5	5,3	13,6	13,9
sonstige EU-Staaten	4,7	0,4	11,5	6,3
Asylherkunftsländer ^c	35,3	43,3	22,7	29,6
sonstige	25,4	23,2	29,0	12,1
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
nachrichtlich:				
Migrationsstaaten ^d	69,9	76,4	59,5	81,6
1 000 Personen				
Saldo der Außenwanderung	88,8	54,4	34,4	461,7

^a Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Dazu zählen die in Fußnote 2 genannten Länder. – ^c Dazu zählen die in Tabelle 2, Fußnote c genannten Länder. – ^d Osteuropäische Mitgliedstaaten mit uneingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit; Griechenland, Italien, Portugal, Spanien sowie die Asylherkunftsländer.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Fachserie 1, Reihe 1.2.

In Tabelle 1 ist die Struktur der Wanderung nach Ländergruppen für das Jahr 2014 angegeben. Der Anteil der Migration aus den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, den Krisenstaaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie den Asylherkunftsländern⁷ an der Nettozuwanderung aus dem Ausland insgesamt betrug demnach in Ostdeutschland 76,4%, in Berlin 59,5% sowie in Westdeutschland 81,6%.

Für das Jahr 2015 liegen zur Außenwanderung bisher nur Angaben für die ersten vier Monate vor. Demnach gab es in Deutschland 257 000 mehr Einwanderer als Auswanderer, in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) waren es knapp 27 000. Informationen über die Zahl der Asylanträge stehen für den

Zeitraum bis Oktober 2015 zur Verfügung. Diese erlauben eine ungefähre Einschätzung der Zuwanderung aus den Asylherkunftsländern.⁸ Im Zeitraum von Januar bis Oktober 2015 wurden in Deutschland mit 362 000 Anträgen mehr als doppelt so viele Asylgesuche gestellt wie im Vorjahreszeitraum.⁹ Davon entfielen auf die fünf neuen Flächenländer und Berlin 96 000 Asylanträge. Dies sind 26,5% der in Deutschland insgesamt gestellten Asylanträge. Im gleichen Zeitraum wurden über 205 000 Asylanträge entschieden, davon wurden knapp 85 000 Anträge bewilligt. In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) nahm sowohl die Zahl der Asylanträge insgesamt als auch die Zahl der positiv entschiedenen Anträge prozentual deutlich stärker zu als in Westdeutschland.

Insgesamt dürfte im Jahr 2015 die Nettozuwanderung nach Ostdeutschland (einschließlich Berlin) ca. 170 000 Personen betragen.¹⁰ Davon entfallen etwa 70% auf die Asylherkunftsstaaten (vgl. Abbildung).

Effekte der Migration in der Arbeitsmarktstatistik

Aus den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit ist nicht explizit sichtbar, ob und in welchem Umfang Veränderungen bei den einzelnen Arbeitsmarktgrößen auf Migrationsprozesse zurückzuführen sind.¹¹ Diese Effekte können indirekt abgeschätzt werden, indem die relevanten Statistiken nach solchen Ländern aus-

⁸ Asylbewerber werden in der Wanderungsstatistik als Zuwanderer gezählt. Vgl. *Statistisches Bundesamt*, a. a. O. Wird einem Asylsuchenden kein Asyl gewährt, wird dies in der Wanderungsstatistik als Fortzug erfasst.

⁹ Vgl. *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylgeschäftsstatistik für den Monat Oktober 2015*, 5. Hierbei ist nicht berücksichtigt, dass zurzeit die tatsächliche Zahl der Zugänge an Asylbewerbern deutlich höher ist als die Zahl der registrierten Asylbewerber. Vgl. *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Prognoseschreiben zur Zahl der im Verteilungssystem EASY registrierten Personen nach §44 Abs. 2 AsylVfG*. Nürnberg, 20.08.2015. Im Durchschnitt des Jahres 2015 belief sich die Zahl der Asylerstanträge auf 56% der vom EASY-System erfassten Personen. Vgl. *Brückner, H.; Hauptmann, A.; Vallizadeh, E.: Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. IAB, Aktuelle Berichte 14/2015*, 2.

¹⁰ Für Deutschland insgesamt wird eine Nettozuwanderung von ca. einer Million Personen angenommen. Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*, a. a. O., 54.

¹¹ Vgl.: *Bundesagentur für Arbeit* a. a. O., Oktober 2015, 3.

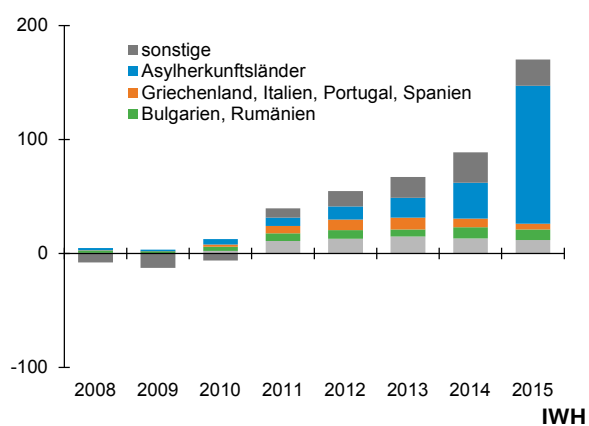
⁷ Zu diesen werden die Staaten gezählt, die in den letzten Jahren zu den zehn Ländern mit den meisten Asylerstanträgen gehörten. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit*, a. a. O. Diese Länder sind in Fußnote c in der Tabelle 2 aufgeführt.

gewertet werden, aus denen besonders viele Zuwanderer stammen. Die beobachteten Veränderungen in den entsprechenden Arbeitsmarktgrößen könnten dann „weit überwiegend der Zuwanderung plausibel“¹² zugeschrieben werden. Allerdings ist dabei zu beachten, dass die Zunahme der Zahl der Beschäftigten oder der Arbeitslosen aus den entsprechenden Ländern nicht mit der Zahl der zuletzt eingewanderten Personen gleichgesetzt werden darf, da auch Personen darunter sein können, die schon zuvor in Deutschland gelebt haben.¹³

Abbildung:

Struktur der Außenwanderung in Ostdeutschland^a nach Staatengruppen^b

in 1000 Personen



^a Ostdeutschland mit Berlin. – ^b EU-8: Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen; Asylherkunftsländer: vgl. Tabelle 2, Fußnote c.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2.; 2015: Prognose des IWH.

Im Rahmen einer Sonderauswertung für das IWH hat die Bundesagentur für Arbeit hierzu regional nach den Großregionen Ostdeutschland und Westdeutschland differenzierte Daten bereitgestellt. In Tabelle 2 sind einige Ergebnisse angegeben.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat in beiden Großregionen die Zahl der Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Leistungsbezieher im SGB II aus

den Migrationsländern insgesamt sehr stark zugenommen. Die Zahl der Beschäftigten nahm in Ostdeutschland mit 24,5% sogar noch stärker zu als in Westdeutschland (12,7%). Auch bei der Zahl der Arbeitslosen war die Zuwachsrate in Ostdeutschland etwas höher. Die Zahl der Leistungsempfänger im SGB II aus den Migrationsländern nahm innerhalb eines Jahres – ebenso wie in Westdeutschland – um etwa ein Fünftel zu.

Allerdings ist zu beachten, dass in Ostdeutschland die Anteile der Personen aus diesen Zuwanderungsländern an der Bevölkerung, den Beschäftigten, der registrierten Arbeitslosigkeit sowie den Leistungsempfängern im SGB II deutlich geringer sind als in Westdeutschland. Bei den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern sowie den Asylherkunftsländern sind die Anteile in Westdeutschland mehr als doppelt so hoch wie in den Neuen Bundesländern. Eine Ausnahme bildet allerdings der Bevölkerungsanteil der Asylherkunftsländer: Dieser liegt mit 1,4% relativ nahe am westdeutschen Wert von 1,7%. Die Anteile der von der Krise besonders betroffenen Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien liegen in Ostdeutschland am stärksten unter den westdeutschen Vergleichswerten.

Besonders sichtbar werden die Unterschiede, wenn diese drei Staatengruppen zusammen betrachtet werden: Im Jahr 2014 hatten diese in Ostdeutschland einen Anteil an der Bevölkerung von 3,1% (Westdeutschland: 5,2%), an den Beschäftigten von 2,3% (Westdeutschland: 5,8%), an den Arbeitslosen von 6,0% (Westdeutschland: 13,9%) und an den Leistungsbeziehern im SGB II von 7,0% (Westdeutschland: 15,9%).

Dass die Anteile der Migrationsländer an den Arbeitsmarktgrößen in Westdeutschland erheblich über denen in Ostdeutschland liegen, ist vor allem auf die deutlich stärkere Zuwanderung aus diesen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen.

Fazit

Die sprunghaft gestiegene Migration beeinflusst zunehmend auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsaussichten vieler Zuwanderer vor allem

¹² Vgl. ebenda.

¹³ Bei den Migranten aus den Asylherkunftsländern ist zudem zu beachten, dass für Flüchtlinge die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt maßgeblich von ihrem Aufenthaltsstatus abhängen.

Tabelle 2:

Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslose und Leistungsempfänger SGB II nach Staatsangehörigkeit Mitte 2015Anteil an Ostdeutschland bzw. Westdeutschland^a insgesamt bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr

insgesamt			ausgewählte Migrationsländer		davon:					
					Mittel- und osteuropäische Staaten mit Arbeitnehmer- freizügigkeit ^b		Griechenland, Italien, Portugal, Spanien		Asylherkunfts- länder ^{c,d}	
An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr		An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr	An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr	An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr	An- teil	Verän- derung ggü. Vorjahr
			in %							
<i>Ostdeutschland</i>										
Bevölkerung ^c	100	0,1	3,1	9,6	0,9	14,0	0,7	3,0	1,4	10,4
Beschäftigung ^f	100	0,7	2,3	24,5	1,2	36,1	0,4	17,3	0,7	12,2
SV-pflichtig	100	1,5	2,3	39,7	1,2	45,8	0,4	21,2	0,7	15,9
Ausschl. geringfügig Beschäftigte	100	-8,1	3,8	3,9	1,6	13,5	0,6	-6,5	1,6	-0,3
Arbeitslose ^g	100	-5,1	6,0	18,1	1,9	13,9	0,7	3,8	3,3	24,5
Leistungsempfänger SGB II ^h	100	-4,2	7,0	20,9	2,4	20,4	0,7	8,0	3,9	24,2
<i>Westdeutschland</i>										
Bevölkerung ^c	100	0,3	5,2	10,6	1,7	21,9	1,8	4,5	1,7	7,7
Beschäftigung ^f	100	1,4	5,8	12,7	2,5	26,6	1,8	3,4	1,5	4,9
SV-pflichtig	100	2,1	5,5	15,2	2,4	29,1	1,8	5,8	1,4	7,4
Ausschl. geringfügig Beschäftigte	100	-3,2	7,3	1,3	3,0	15,0	1,8	-10,9	2,5	-3,5
Arbeitslose ^g	100	-2,3	13,9	15,4	3,8	19,9	3,1	1,1	7,1	20,4
Leistungsempfänger SGB II ^h	100	1,6	15,9	21,9	4,3	32,0	3,0	6,8	8,6	23,4

^a Ostdeutschland mit Berlin; Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien. – ^c Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Eritrea, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Somalia, Syrien, Ukraine. – ^d Bevölkerung der Asylherkunftsländer: keine Angaben für Eritrea und Somalia. – ^e Durchschnitt der Bevölkerung 2014. – ^f Stand: April 2015. – ^g Stand: Oktober 2015. – ^h Stand: Juli 2015.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2; Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt (Sonderauswertung für das IWH).

aus den Asylherkunftsländern sind aufgrund unzureichender Sprachkenntnisse sowie oftmals geringer beruflicher Qualifikation¹⁴ zumindest kurzfristig eingetrübt. Aktuelle Untersuchungen haben gezeigt, dass die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt generell schwieriger ist als bei anderen Migrantengruppen. So lag der Anteil der Beschäftigten unter den Flüchtlingen im Alter von 15 bis 64 Jahren im Zugangsjahr durchschnittlich bei 8%.¹⁵ Nach fünf Jahren lag dieser Anteil bei knapp 50% und nach 15 Jahren bei knapp 70%. Zu erwarten ist deshalb, dass viele Asylbewerber zunächst arbeitslos sein werden. Die registrierte Arbeitslosigkeit, die in den vergangenen Jahren in Ostdeutschland aufgrund des starken

Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials stetig gesunken war, dürfte deshalb im kommenden Jahr kaum noch abnehmen.¹⁶ Es bestehen allerdings durchaus auch Chancen, die absehbaren demographischen Probleme Ostdeutschlands zu mildern, wenn die Integration der Zuwanderer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gelingt. Dazu sind Mehrausgaben für Integration und Qualifizierung erforderlich.

¹⁶ Für Deutschland insgesamt wird für das Jahr 2016 eine Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit prognostiziert: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/2016*, Wiesbaden 2015, 94. – Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, a. a. O., 48 f. – Fuchs, J.; Gehrke, B.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.: IAB-Prognose 2015/2016: Arbeitsmarkt weiter robust, IAB-Kurzbericht 15/2015.

¹⁴ Vgl.: Brücker, H. et al., a. a. O., 4 ff.

¹⁵ Vgl. ebenda, 9 f.